**劳工世界论坛 -德国的新冠危机和就业系列**

**主题三：肉类加工业和通尼斯公司——情况介绍和分析**

Bodo Zeuner 整理分析， 柏林， 2020年10月19日

2020年6月中旬，北威州东部的雷达-威登布吕克市和居特斯洛市附近发生了新冠病毒的聚集感染。在企业家Clemens Tönnies名下的通尼斯肉联厂，7000名员工中有1500人感染了新冠病毒。当局实行了封锁和14天的隔离。爆发的原因疑为不遵守距离规定、工人过度劳累（大部分工人来自东欧）、轮班车间的低温环境。在工会和民间社会对东欧劳工受到极端剥削的不断强烈抗议下，北威州和联邦两级政府和责任人尽力用严格的防控措施来控制局势，口头上也同意永久性地彻底改善工人的法律地位。然而，一些政客很虚伪。例如，社民党前主席、联邦经济部长西格玛-加布里尔曾称通尼斯公司的工作环境是 “德国的耻辱”，但同时又暗中与其签订了一份到2020年的高薪的顾问合同。

法国记者Cindy Thommerel早在2014年就曾说，德国之所以能崛起为全球肉类产品出口大国，靠的就是来自东欧的奴隶式劳工。

“在法国，政府和农业产业代表很在意德国农业、特别是肉类产业的竞争力。2012年，德国约有5800万头猪、300多万头牛和6.28亿只鸡被屠宰。(...)德国的肉类工业效率之高，可以说是欧洲的屠宰场，且正在成为世界上最大的肉类出口国。为此付出代价的是许多工人，特别是来自东欧的工人。欧洲关于劳务派遣的松散法规容易让不诚实的分包商滥用劳务派遣。(...) 德国作为欧洲农业的领头羊，以社会和生态为代价取得的经济成功受到越来越多的批评。(...)数年来，上万的工人一直受到黑心承包商的压榨。依据“服务合同”，他们将工人出租到德国通尼斯、丹麦皇冠、海德马克（禽类肉联厂）和Vion（肉联厂）等大型企业集团。借着这类“服务合同”承包商和企业可以规避德国的劳动法规，大幅降低工资和劳动标准 (例如，工作时间、假期以及工伤的规定)。这使德国境内的工厂获得了不公平的竞争优势。

与此同时，工人们深受其害。这些外包工大多来自东欧 (罗马尼亚、波兰、保加利亚)，每天都承受着巨大的压力。他们之所以愿意接受此种奴隶式的生活和工作条件，是因为他们害怕失去工作，没有钱回家。他们对在这里依法应当享有的工作条件知之甚少。(......)而且他们经常是被职介机构或大公司用虚假的薪金承诺引诱到德国的。这些欺骗冰冷地利用了外国工人语言不通的弱势。

如今，几乎所有的肉联厂都将其核心业务，如屠宰、切割、深加工等外包给承包商。这些人又将部分工作再次分包给其他的承包商，然后这些承包商将工作再次分包。在这条污浊的产业链最底端，是一个个形单影只的工人，他们是被剥削者。在肉联厂工作的他们有时每天工作14到16个小时，工资很低，有时16个人住在一个四室公寓里（......），每人每月要交200多欧元房租。他们还要向承包商缴纳交通费。有时候，承包商还会对工具和工作服收费。" (来源：Labnet.de，2014年6月27日)

2020年9月11日，通尼斯工人的支持者联盟在北威州首府杜塞尔多夫组织了一次示威游行，并向州劳动部长Laumann递交了以下请愿书：

亲爱的北威州劳动部长Karl-Josef Laumann！

您对待通尼斯和其同伙举动让我非常疑惑。您是打算解决问题，还是成为问题？

打击非法用工行动在过去已经多次发现存在违法行为，比如违法征收高价房租、虚假外包合同。您主管的劳动部很清楚这些，为什么你们至今没有采取任何措施？

• 通尼斯长期大量使用非法外包工--即未经必要许可的派遣工——不幸的是，尽管这只是一种行政违法行为，它却导致了工人被强扣工资、骗社保和逃税——金额达数百万欧元。

•有组织的经营性质的高价征收房租是一种严重的犯罪行为，通尼斯应当承担刑事责任。

您真的就仅仅废除肉联厂的分包合同？而继续无视肉联厂利用法律漏洞经年累月的大规模违法行为？

就这样吧，兴许以后会更好？简直做梦！

给那些虚假外包合同换个牌子，变成劳务派遣或者无正当理由的定期合同是远远不够的。我们要求企业跟员工签订长期合同，举行职工代表委员会选举，并签订集体劳资协议。

我们提醒您，在北威州，少数人因为没钱而去商店行窃或者乘车“逃票”，都会受到严厉的惩罚。其中很多人因为无法支付罚款而入狱。而政府对企业家们的违法行为却视若无睹。

Laumann先生，您必须现在就做出决定！您是想决问题，还是成为问题？

我们要求：

•尽一切努力查处虚假外包和违法高价房租行为，以及由此产生的强扣工资、骗社保、逃税等违法行为。

• 掐断公司犯罪的源头，不要再让他们逍遥法外，不要再睁一只眼闭一只眼 (“合法不合法都无所谓 ”)!

• 对各种违法行为零容忍 ——不再无视执法队伍的人员和资源匮乏问题。

• 民主的劳资关系！立即终止奴隶制般的雇佣关系!

• 积极保护职工代表委员会对抗不公正的待遇!

• 补发被扣压的工资! 对工人多年来遭受的不公正与损失进行赔偿！

(来源：Labournet.de，2020年9月8日)

**Thema 3: Fleischindustrie und die Firma Tönnies** –
Informationen und Analysen, zusammengestellt von Bodo Zeuner **,** Berlin, 19. Oktober 2020

Mitte Juni 2020 entstand ein Corona-Hotspot in der Nähe der ostwestfälischen Städte Rheda-Wiedenbrück und Gütersloh. In einer Fleischfabrik des Unternehmers Clemens Tönnies waren von 7000 Beschäftigten 1500 mit Covid-19 infiziert. Die Behörden verhängten für 14 Tage einen Lockdown und kontrollierte Quarantäne. Als Gründe für den Ausbruch wurden nicht eingehaltene Abstandsregeln, Arbeitsüberlastung der meist aus Osteuropa stammenden Arbeiter sowie die Kälte im Schichtbetrieb vermutet. Die Behörden und die zuständigen Politiker im Land Nordrhein-Westfalen und im Bund versuchten, mit strengen Maßnahmen die Lage unter Kontrolle zu halten und sprachen sich auch für dauerhafte Verbesserungen der Rechtsstellung der Arbeitenden aus, nachdem viele Proteste von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft erneut und nachdrücklich auf die extreme Ausbeutung der osteuropäischen Arbeiter hingewiesen hatten. Die Aussagen einiger Politiker erwiesen sich aber als heuchlerisch. So hatte der damalige SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Zustände in der Firma Tönnies als „Schande für Deutschland“ bezeichnet, aber gleichzeitig heimlich und bis ins Jahr 2020 einen hochdotierten Beratervertrag mit dieser Firma gehabt.

Dass der Aufstieg der deutschen Fleischindustrie zu einem globalen Exporteur nur durch Sklavenarbeit aus Osteuropa ermöglicht wurde, beschrieb die Französische Journalistin Cindy Thommerel schon 2014:

„In Frankreich betonen Regierungen und Repräsentanten der Agrarindustrie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und besonders der Fleischindustrie. Im Jahr 2012 wurden in Deutschland ungefähr 58 Millionen Schweine, mehr als drei Millionen Rinder und 628 Millionen Hühner geschlachtet (...). Die deutsche Fleischindustrie ist so effizient, dass Deutschland Europas Schlachthaus ist und auf dem Weg, der *größte* Fleischexporteur der Welt zu werden. Den Preis dafür zahlen viele ArbeitnehmerInnen, vor allem aus Osteuropa, denn das lockere europäische Arbeitnehmer-Entsendegesetz erlaubt Missbrauch durch dubiose Subunternehmer.

(...)

Deutschland, Europas führender Agribusiness-Staat, wird zunehmend für die sozialen und ökologischen Kosten des wirtschaftlichen Erfolgs kritisiert. (...) Seit Jahren leiden Tausende von entsandten ArbeitnehmerInnen unter ihrem Missbrauch durch skrupellose Subunternehmer. Im Rahmen von “Dienstleistungsaufträgen” vermieten Sie migrantische ArbeiterInnen an große Unternehmensgruppen wie Tönnies, Danish Crown, Heidemark und Vion. Diese Verträge erlauben, das deutsche Arbeitsrecht zu umgehen und Löhne und Arbeitsstandards (z. B. Arbeitszeit- und Urlaubsregeln oder zum Schutz bei Krankheit) drastisch zu reduzieren. Dies schafft (...) unfaire Wettbewerbsvorteile der in Deutschland produzierenden Unternehmen.

Darüber hinaus erleiden die Mitarbeiter Schaden. Diese Vertragsarbeiter kommen meistens aus Osteuropa (Rumänien, Polen, Bulgarien) und erleiden tägliche Belastungen. Sie sind bereit, Lebens- und Arbeitsbedingungen, die der Sklaverei nah sind, zu akzeptieren, denn sie haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und ohne Geld nach Hause zurückzukehren. Diese Menschen wissen wenig darüber, auf welche Arbeitsbedingungen sie hier einen Anspruch haben. (...) Und Sie wurden häufig mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt – von Vermittlungsagenturen oder direkt von Arbeitgebern. Dabei werden auch ihre fehlenden Sprachkenntnisse eiskalt ausgenutzt.

Fast alle Schlachthöfe vergeben heutzutage ihre Kerntätigkeiten, das Schlachten, Zerlegen und (...) Weiterverarbeiten über Werkverträge an (...) Subunternehmen. Diese wiederum vergeben die Arbeiten teils an weitere Subunternehmer, diese möglicherweise noch einmal an weitere Subunternehmer. Am unteren Ende der undurchsichtigen Kette stehen einsam die Fleischarbeiter, die die Ausgebeuteten sind: Sie arbeiten in der Fleischindustrie zum Teil 14 bis 16 Stunden am Tag zu einem geringen Lohn und wohnen manchmal mit 15 Personen in einer Vier-Zimmer-Wohnung (...) für 200 oder mehr Euro pro Monat. Außerdem zahlen sie Abgaben an den Subunternehmer für den Transport zur Arbeit. Manchmal kassiert der Subunternehmer auch noch Geld für Werkzeug und Arbeitskleidung.“ (Quelle: labournet.de, 27.06.2014)

Ein Bündnis von Unterstützern der Tönnies-Arbeiter veranstaltete am 11. September 2020 in der NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf eine Demonstration und übergab dem Landesarbeitsminister Laumann folgende Petition:

„Sehr geehrter NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann!

Ihre Aktivitäten gegen Tönnies und Konsorten hinterlassen bei mir einige Fragezeichen. Wollen Sie Teil der Lösung sein, oder sind Sie Teil des Problems?

Die Aktion gegen Arbeitsunrecht hat wiederholt folgende Delikte zur Anzeige gebracht: Mietwucher und Schein-Werkverträge. Ihr Ministerium weiß Bescheid. Warum passiert nichts?

• Der massenhafte und jahrelange Einsatz von illegaler Arbeitnehmerüberlassung bei Tönnies -- also Leiharbeit ohne die erforderliche Erlaubnis -- ist leider nur eine Ordnungswidrigkeit, daraus folgt aber auch Lohnraub, Sozialabgabenbetrug und Steuerhinterziehung - vermutlich in Millionenhöhe.
• Organisierter, gewerbsmäßiger Mietwucher ist eine schwere Straftat, die im Fall Tönnies ins Gefängnis führen müsste.

Wollen Sie ernsthaft mit der Abschaffung der Werkverträge in der Fleischindustrie -- samt eingebauter rechtlicher Hintertürchen -- eine Art Generalamnestie für jahrelange, massenhafte Vergehen in der Fleisch-Industrie verbinden?

Schwamm drüber, weil es ja in Zukunft vielleicht besser wird? Das kann nicht sein!

Eine Umetikettierung von Schein-Werkverträgen zu Leiharbeit oder sachgrundloser Befristung reicht nicht. Wir fordern unbefristete Festanstellungen, Betriebsratwahlen, Tarifverträge.

Wir erinnern Sie daran, dass die Kriminalität der kleinen Leute, die oft genug aus der Not geschieht, wie Ladendiebstahl und "Schwarzfahren", in NRW mit aller Härte geahndet wird. Zahlreiche Personen sitzen im Gefängnis, weil sie ihre Strafen nicht zahlen können. Die Kriminalität von Unternehmer\*innen hingegen steht offenbar auf einem anderen Blatt.

Sie müssen sich jetzt entscheiden, Herr Laumann! Wollen Sie Teil der Lösung sein, oder sind Sie Teil des Problems?

Wir fordern:

• Rückhaltlose Aufklärung und Verfolgung von Schein-Werkverträgen und Mietwucher, und daraus folgenden Delikten wie Lohnraub, Sozialabgabenbetrug, Steuerhinterziehung.
• Kriminogenen (Verbrechen fördernden) Unternehmersumpf austrockenen! Schluss mit Straffreiheit und Rechtsnihilismus ("Legal, illegal, scheißegal")!
• Ende der Duldung von Gesetzesverstößen aller Art durch Behörden -- auch durch systematische Unterversorgung mit Personal und Ausstattung.
• Demokratische Arbeitsverhältnisse! Sofortige Beendigung der sklavenartigen Beschäftigungsverhältnisse!
• Konsequenter Schutz von aktiven Betriebsräten gegen Union Busting!
• Nachzahlung von geraubtem Lohn! Entschädigungszahlungen an die Arbeiter\*innen für jahrelanges erlittenes Unrecht und Leid!“

(Quelle: labournet.de, 08.09.2020)